

**ICH WÄHLE
GERECHT.**

**ICH WÄHLE
PROPORIZ.**

JA
ZU GERECHTEN WAHLEN.

Was sagen Bündner Persönlichkeiten zum Proporz?

"Und schliesslich ist es auch wichtig, dass das Wahlrecht, d.h. das Wahlverfahren und die Einteilung der Wahlkreise, verständlich sind. Erfüllt unser heutiges reines Majorzsystem, das sich zweifellos über Jahrzehnte bewährt hat, diese Anforderungen? Ich meine nur teilweise. Mit Bezug auf den Gleichheitsgrundsatz, auf die gleiche Stimmkraft eines Stimmbürgers, sicherlich nicht mehr. Unser Parlament ist heute nicht eine möglichst genaue Karte der politischen Landschaft. Zumindest wäre dies nicht wegen unserem Wahlsystem sondern allenfalls trotz unserem Wahlsystem. Fest steht jedenfalls, dass Minderheiten mit unserem heutigen System kaum eine Chance haben, unabhängig vom Wohlwollen der Mehrheit im Parlament vertreten zu sein."

Bundesrätin Eveline Widmer Schlumpf (BDP), am 19. Juni 2002, als damalige Regierungsrätin im Bündner Grossen Rat, anlässlich der Debatte zur Totalrevision der Bündner Kantonsverfassung. Quelle: Grossratsprotokoll vom 19. Juni 2002, S. 295

"Der Bündner Status quo ist schlicht und einfach, aber klar verfassungswidrig."

Staatsrechtsprofessor Andreas Auer, Zürich (geboren in Fideris): Scala, Bündner Jahrbuch 2010

„...bin ich der festen Überzeugung, dass der Proporz, bei dem schon mit mindestens 25 % Wähleranteil den betroffenen Wählern eine Interessenvertretung zusteht, die gerechtere Wahlordnung darstellt und eher einem demokratischen Wahlsystem entspricht, als eine Wahlordnung, bei der 51 % der Stimmenden die gesamte Interessenvertretung bestimmen können.“

Martin Schmid, FDP, heutiger Bündner Ständerat; Auszug aus seinem Votum anlässlich der Debatte zur Proporz-Initiative von Jung91. Quelle Grossratsprotokoll, 23. Mai 1996, S. 190 f.

"Die Regierung ist der Auffassung, dass sich die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse verändert haben, und dass diesen Veränderungen auch im Wahlsystem Rechnung zu tragen ist. Die Regierung ist auch klar der Auffassung, dass wir diesen Entscheid nicht den Gerichten überlassen sollten, sondern diesen Entscheid wir eigentlich selbst fällen sollten. Mit anderen Worten: Die Regierung ist der Auffassung, dass Sie, meine Damen und Herren, ob Sie es nun wollen oder nicht, um den Proporz nicht mehr lange herumkommen können."

"Wir gehen davon aus, dass unser System [Majorz] nicht mehr allen bundesverfassungsrechtlichen Anforderungen genügt."

Regierungspräsidentin Barbara Janom Steiner, BDP, im Bündner Grossen Rat, anlässlich der Debatte über die Initiative "Für gerechte Wahlen" (Proporz 2014), am 22. Oktober 2012. Quelle: Grossratsprotokoll 2, 2012/2013, S. 279